

Gemeinsame Presseerklärung zum Deutschen Zahnärztetag 2011

Fortschritt braucht Courage

Frankfurt a. M., 11. November 2011 - Die anstehenden, besonders für die Zahnärzteschaft wichtigen Regelungen und Verordnungen standen im Mittelpunkt der gemeinsamen Pressekonferenz von Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung (KZBV) und Deutscher Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK).

„In politischer Warteposition ist noch immer unser gemeinsames AuB-Konzept von Standespolitik und Wissenschaft, in dem das Ziel definiert wird, die Mundgesundheit von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen zu verbessern“, so der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel.

BZÄK-Präsident Engel bekräftigte weiterhin die erhobene Forderung nach einer Weiterentwicklung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Die Beteiligung der BZÄK könne den zahnmedizinischen Sachverstand im G-BA deutlich stärken, die Qualitätssicherung für den gesamten Berufsstand gewährleisten und fremde Einflüsse auf das Fach Zahnmedizin verhindern.

„Auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf innerhalb des Berufsstandes und durch Schaffung politischer Rahmenbedingungen einer deutlichen Förderung“, so Engel. Dabei sollen Niederlassungsberatung, Wiedereingliederung, flexible Teilzeitmodelle, familienfreundliche Notdienstpläne oder gezielte Fortbildungsangebote berufstätige Mütter und Väter in der Zahnarztpraxis stärker unterstützen.

Bezüglich der Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) resümierte Engel, dass es zwar gelungen sei, mit der Verhinderung einer Öffnungsklausel einen wichtigen Sieg zu erringen zu haben. Die Novelle stelle aber keinesfalls einen mutigen Reformschritt dar. Die GOZ-alt wurde lediglich um wenige neue Positionen ergänzt. Weitere Forderungen wie insbesondere eine Punktwertanhebung – sind nach 24 Jahren Stillstand – seitens der Bundesregierung nicht berücksichtigt worden.

Positiv bewertete die BZÄK das Grundlagenpapier der Bundesregierung zum Patientenrechtegesetz.

Der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz, begrüßte die vorgesehenen Regelungen des Versorgungsstrukturgesetzes. „Mit diesem Gesetz wird ein Paradigmenwechsel eingeleitet – es ist kein schnödes Kostendämpfungsgesetz wie viele Vorgänger. Jetzt kann das Vergütungssystem flexibilisiert und regionalisiert werden.“ Fedderwitz wies darauf hin, dass das Morbiditätsrisiko wieder den Krankenkassen übertragen werden soll, wo es hingehöre. Struktur und Zahl der Versicherten würden nach dem Versorgungsstrukturgesetz endlich berücksichtigt und gleichrangig neben den

Bundeszahnärztekammer

Chausseestr. 13 · 10115 Berlin
Tel.: (030) 400 05-0
Fax: (030) 400 05-200

Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde

Liesegangstraße 17a · 40211 Düsseldorf
Tel.: (0211) 61 01 98-0
Fax: (0211) 61 01 98-11

Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung

Berliner Vertretung
Behrenstr. 42 · 10117 Berlin
Tel.: (030) 28 01 79-27
Fax: (030) 28 01 79-21

Grundsatz der Beitragssatzstabilität gestellt. Der KZBV-Vorsitzende: „Wir haben gute Chancen, von der starren Budgetierung wegzukommen!“

Fedderwitz kritisierte die angestrebten Regelungen zur Besetzung des Gemeinsamen Bundesausschusses, die eine Berufung kompetenter Kandidaten als unparteiische Vorsitzende gefährden würden.

Er forderte die Politik auf, endlich mit der Umsetzung des von ihr anerkannten Betreuungskonzeptes für alte Mitbürger und Menschen mit Behinderungen zu beginnen: „Hier muss der Startschuss endlich fallen!“

Die Bedeutung von Wissenschaftlichen Leitlinien für die Medizin und Zahnmedizin erläuterte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, Prof. Dr. Dr. Henning Schliephake. Leitlinien seien wichtig, um den Kolleginnen und Kollegen in der Praxis einen Handlungskorridor zu öffnen, der bei einer bestimmten Diagnose die therapeutisch sinnvollen, durch wissenschaftliche Evidenz belegten Maßnahmen empfiehlt. Dass diese Empfehlungen sehr geschätzt und auch genutzt werden, zeige die Tatsache, dass auf der DGZMK Homepage der Bereich der Stellungnahmen am häufigsten angeklickt wird. Gegenwärtig werden durch die DGZMK und die darin vereinten Fachgesellschaften aktualisierte Leitlinien erstellt. Wenn dieser Prozess abgeschlossen sei, werde den Kolleginnen und Kollegen in der Praxis eine Vielzahl von wertvollen Informationen zur Verfügung stehen, wie sie gerade schwierige Behandlungssituationen bewältigen und Risiken vermeiden könnten.

Ein weiteres Thema von großer Tragweite für die Zahnmedizin sei die Novellierung der zahnärztlichen Approbationsordnung. Hier befinden sich die Gespräche und Verhandlungen dank des Einsatzes der Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde auf einem guten Weg. Ziel sei es bis Anfang kommenden Jahres einen abgestimmten Entwurf vorzulegen.

Bildmaterial

steht ab 12.11.2011 unter <http://www.axentis.de/dzt11-presse> zur Verfügung.

Pressekontakt

Jette Krämer,
Leitung Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Bundeszahnärztekammer,
Tel.: 030 – 400 05 150, Mobil: 0172 – 394 63 27, Fax: 030 – 400 05 159,
Email: j.kraemer@bzaek.de

Dr. Reiner Kern,
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung,
Tel.: 030 – 280 179 27, Mobil: 0173 – 260 31 67, Fax: 030 – 280 179 21,
Email: r.kern@kzbv.de

Markus Brakel,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und
Kieferheilkunde,
Tel.: 0211 – 718 36 01, Mobil: 0172 – 886 06 04, Fax: 0211 – 718 35 82,
Email: markus.brakel@dgzmk.de

KZBV

Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung



BUNDEZAHNÄRZTEKAMMER



Deutsche Gesellschaft für
Zahn-, Mund- und
Kieferheilkunde